

PRESSEERKLÄRUNG:

Solidarität mit den streikenden Klinikärzten

- Die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI) und der Berufsverband Deutscher Anästhesisten (BDA) stehen gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie mit den in ihr vertretenen Fachgesellschaften und dem Berufsverband der Deutschen Chirurgen hinter den berechtigten Forderungen der deutschen Klinikärzte. Der seit Jahren angemahnte, dringende Handlungsbedarf muss endlich anerkannt und in wirksame Vereinbarungen umgesetzt werden.
- Alle Beteiligten sind aufgefordert, endlich Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen, wie sie an einzelnen Standorten bereits gefunden wurden. Die starre Haltung der Tarifgemeinschaft der Länder verhindert mögliche, akzeptable Kompromisse mit den Klinikleitungen, wobei gerade diese und nicht die Finanzminister entsprechende Vereinbarungen auch budgetär zu tragen haben.
- Der Wert ärztlicher Tätigkeit und die Bereitschaft zur Leistung müssen endlich wieder die erforderliche Anerkennung finden. Dazu gehören ein angemessenes Honorar, die Vergütung aller geleisteten Arbeitstunden, humane Arbeitsbedingungen, Konzentrierung auf primär patientenorientierte Tätigkeit, Arbeitsverträge, die jungen Anästhesistinnen und Anästhesisten auch Perspektiven eröffnen, und Freiräume für Weiter- und Fortbildung sowie die Forschung.
- Unsere Unterstützung gilt der berechtigten Forderung der Streikenden nach Abschluss eines eigenständigen Tarifvertrages. Die Übernahme des mit VERDI abgeschlossenen Tarifvertrages würde für die Ärzteschaft deutliche Verschlechterungen bringen.

Diese sind im Einzelnen u.a.:

- VERDI streikt monatelang gegen höhere Arbeitszeiten – Ärzte sollen dagegen 42 Stunden in der Woche arbeiten, und das ohne vollen Lohnausgleich.
- Während alle übrigen Berufsgruppen Einmalzahlungen erhalten (je nach Gruppe bis zu 450 €/Jahr), werden Ärzten diese Zahlungen verweigert.
- Der Vertrag sieht mögliche Gehaltskürzungen in Höhe von 10% durch „Maßnahmen zur Zukunftssicherung“ vor, wenn sich Kliniken in Notlagen befinden.
- Ärzte sollen ein in die Gehälter eingearbeitetes Weihnachtsgeld in Höhe von 30% erhalten, während man bereit ist, anderen Berufsgruppen bis zu 95% zuzugestehen.
- Es wird keinen Feiertagszuschlag bei Bereitschaftsdiensten geben, der zwischen Marburger Bund (MB) und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in Höhe von 25% bereits verhandelt war.
- Der Besitzstand nach § 71 BAT, der die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall regelt, wurde für Ärzte gestrichen, allen anderen Berufsgruppen bleibt er erhalten.
- Die Ost/West-Ungerechtigkeiten bei den Gehältern werden zementiert und verstärkt.
- Der Vertrag soll nicht zum 1. Juli, sondern erst zum 1. November wirksam werden.
- Wir sehen mit großer Sorge einer weiteren Eskalation der Streikmaßnahmen entgegen, falls der Verhandlungsführer der TdL auf seinen bisherigen Positionen beharrt und jetzt rigoros den Vertragsabschluss mit VERDI als verbindlich auch für die Klinikärzte ansieht. Den Universitätskliniken drohen als Wissenschaftsstandorte und in der Krankenversorgung trotz der dafür vorgesehenen Notfallregelungen schwere Beeinträchtigungen. Wir warnen allerdings vor einer isolierten, missbräuchlichen Instrumentalisierung der Anästhesie als eine der Schlüsselfunktionen im Krankenhaus.

Nürnberg, 31. Mai 2006

Für die DGAI
Prof. Dr. med. J. Radke
– Präsident –

Für den BDA
Prof. Dr. med. B. Landauer
– Präsident –